

An das SP-Präsidium

An den Präsidenten der SP-Fraktion

Aufruf zur europapolitischen Diskussion

«Für die Sozialdemokratie gibt es in Europa kein Zurück zu unabhängig voneinander oder gar gegeneinander handelnder Nationalstaaten, sondern nur ein Vorwärts zu mehr, weit über den Binnenmarkt hinausreichender Integration» (SP-Parteiprogramm, Seite 7). Für viele SP-Mitglieder – auch für uns – ist dieses klare Bekenntnis zur europäischen Integration ein wichtiger Grund, weshalb wir der Partei beigetreten sind.

Mit dem institutionellen Rahmenabkommen steht aktuell wieder eine euroapolitische Fragestellung von grosser Tragweite auf der Agenda. Es handelt sich dabei um eine der wichtigsten politischen Fragen dieses Jahrzehnts. Innerhalb der SP gibt es zu dieser Frage unterschiedliche Positionen. Und das ist gut so: Es liegt in der Natur unserer Vielfalt, dass in der SP auch zu Schlüsselthemen verschiedene Ansichten bestehen. Dabei zeigt unsere Geschichte, dass wir solche Situationen noch jedes Mal dank unserer Diskussionskultur und des grossen gegenseitigen Respekts souverän gemeistert haben: Die SP wächst an schwierigen Fragen. Unsere gelebte Diskurs-Tradition bewahrt uns zuverlässig vor ideologischen Sackgassen.

Umso mehr appellieren wir an die SP, dass sie sich auch im Fall des Rahmenabkommen auf ihre Stärken besinnt. Es braucht in der SP eine offene Diskussion über das Abkommen.

Namentlich gewerkschaftliche Kreise begegnen dem Rahmenabkommen ablehnend. Sie fürchten, dieses bedrohe den Lohnschutz und gefährde den Service public.

Andere Kräfte innerhalb der SP sehen es genau umgekehrt. Sie glauben, dass der Lohnschutz auch mit dem Abkommen wirksam bleibt – und vor allem, dass er sich mittel- und langfristig besser sichern lässt, wenn eine institutionelle Regelung mit der EU besteht.

Unbestritten ist: Allen Kräften in der SP geht es darum, unseren europäischen Geist, unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand zu erhalten. Denn alle wissen wir: Gerät die Schweiz ins europapolitische Abseits, wäre das innen- wie aussenpolitisch fatal.

Aussenpolitisch liefern wir Gefahr, dass uns bei Forschung und Bildung oder bei den Marktzugängen Nachteile erwachsen würden.

Innenpolitisch bestünde das Risiko, dass sogenannte «marktwirtschaftliche Reformen» Auftrieb erhalten würden – so, wie dies nach der Ablehnung des EWR der Fall war. Die bürgerlichen Gegner des Rahmenabkommens haben denn auch bereits klar gemacht, wohin es ihrer Meinung nach gehen muss: Die Schweiz soll die «Überregulierung» der EU nicht mitmachen, sondern einen «eigenständigen Weg» mit möglichst wenig staatlichen Interventionen nehmen. Kürzlich haben auch zwei FDP-Ständeräte ein «Fitnessprogramm» für die Schweiz verlangt, sollte das Rahmenabkommen scheitern.

Wir alle stehen in der SP auf einem verbindenden Fundament: Wir stehen ein für Solidarität und Gerechtigkeit. Dazu gehört, dass uns ein wirksamer Lohnschutz, sichere Arbeitsplätze und ein verlässlicher Service public wichtig sind.

Uneinig sind wir uns in der Frage: Ist ein Ja oder ein Nein zum Rahmenabkommen der richtige Weg, um diesen Zielen gerecht zu werden? Es wäre für uns unverständlich, wenn die SP diese zentrale Frage undiskutiert liesse und stattdessen das Rahmenabkommen zusammen mit der SVP hinter verschlossenen Türen von Bundesrat und Parlamentskommissionen beerdigen würde.

Deshalb unser Appell: Wir wünschen uns eine engagierte, kontroverse, respektvolle Auseinandersetzung in der SP und in der breiten Öffentlichkeit. Das sind wir unserem sozialdemokratischen Bewusstsein und unserer Tradition schuldig.

Beat Jans, Regierungspräsident, BS
Jacqueline Fehr, Regierungsrätin, ZH
Fredy Fässler, Regierungsrat, SG
Peter Peyer, Regierungsrat, GR
Peter Neukomm, Stadtpräsident von Schaffhausen
Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel
Beat Züsli, Stadtpräsident von Luzern
Moritz Leuenberger, a. Bundesrat
Hans Zbinden, a. Nationalrat
Gret Haller, a. Nationalrätin
Markus Notter, a. Regierungsrat, ZH
Regine Aepli, a. Regierungsrätin, ZH
Dori Schaer-Born, a. Regierungsrätin, BE
Andreas Rickenbacher, a. Regierungsrat, BE
Urs Hofmann, a. Regierungsrat, AG
Martin Jäger, a. Regierungsrat, GR
Claudio Lardi, a. Regierungsrat GR
Peter Siegenthaler, a. Direktor der Eidg. Finanzverwaltung
Hans Werder, a. Generalsekretär UVEK
Peter Müller, a. Direktor des Bundesamtes für Zivilluftfahrt
Walter Steinmann, a. Direktor des Bundesamtes für Energie
Daniel Woker, a. Botschafter
Ueli Gygi, a. Konzernleiter Post
Benedikt Weibel, a. CEO SBB
Margrith Hanselmann, a. Generalsekretärin Sozialdirektorenkonferenz
Lukas Wegmüller, Generalsekretär nebs

Erste Aktualisierung vom 7.5.2021:

Ruth Dreifuss, a. Conseillère fédérale
Yvette Jaggi, a. Conseillère aux Etats, VD
Gisèle Ory, a. Conseillère aux Etats, NE
Francis Matthey, a. Conseiller d'Etat, NE
Manuel Tornare, a. maire de Genève
Matthias Meyer, a. Directeur exécutif suisse à la Banque mondiale
Liliane Maury-Pasquier, a. Conseillère aux Etats, GE
Mario Carera, a. conseiller de Moritz Leuenberger

Zweite Aktualisierung vom 25.5.2021:

Veronica Schaller, a. Regierungsrätin BS
Ruth Lüthi-Affolter, a. Regierungsrätin BS
Christoph Brutschin, a. Regierungsrat BS/Präsident der kant. Volkswirtschaftsdirektoren
Peter Füglistaler, Direktor Bundesamt für Verkehr

Hanna Muralt Müller, a. Vizekanzlerin
Christoph Graf, a. Direktor Schweiz. Bundesarchiv
Leo Keller, Präsident FA Energie & Klima
Willi Fehlmann, Winterthur
Marianna Schwaar, a. Ressortleiterin berufl. Grundbildung im Eidg. Personalamt
Karl Schwaar, a. stv. Direktor Eidg. Finanzverwaltung
Gisela Audergon, Winterthur
Eduard Kiener, a. Direktor Bundesamt für Verkehr
Werner Stieger, Rechtsanwalt
Regula Stieger, Rechtsanwältin
Walter Ott, Ökonom
Doris Gerber-Weeber
Ulrich Sinzig, Rechtsanwalt
Ruedi Meier, Ökonom/Raumplaner

Weitere Auskünfte:

Markus Notter, a. Regierungsrat ZH
Tel. 044 740 63 65 E-Mail: mail@markusnotter.ch

Hans Werder, a. Generalsekretär UVEK
Tel. 031 333 14 12 E-Mail: hanswerder@bluewin.ch